

Regio-Ausgabe

Aargauer Zeitung  
5401 Baden  
058/ 200 58 58  
www.aargauerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 37'873  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

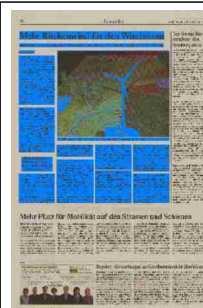
Themen-Nr.: 605.11  
Abo-Nr.: 605011  
Seite: 26  
Fläche: 54'961 mm<sup>2</sup>

# Mehr Rückenwind für den Windstrom

## Richtplan Parlament streicht Einschränkung auf Orte mit 4,5 oder 6,0 Meter Wind pro Sekunde



Modell Projekt Heitersberg, mit Sennhof. Vom Kanton abgelehnt, weil nicht zonenkonform. WALTER SCHWAGER



VON HANS LÜTHI

Erneut hielt die Gesamtrevision des Richtplans das Parlament für viereinhalb Stunden in Atem. Der Mammut-sitzung vor Wochenfrist folgten diesmal die Schwerpunkte Mobilität (Bericht unten) und die Energie. Unbestritten blieben die Planungsgrundsätze, wonach der Kanton den geeigneten Rahmen «für eine zuverlässige, nachhaltige Energieversorgung schafft». Das heisst: «Unter Berücksichtigung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Kriterien sollen erneuerbare Energien und die Abwärme genutzt werden.» Darunter verstehen aber längst nicht alle dasselbe, wie ein langer Schlagabtausch zwischen den Befürwortern von Windkraftwerken und den Gegnern deutlich zeigte.

### Hohe Hürde von 6 Metern

Für die grossen Windkraftwerke wollte die Regierung in einem kommunalen oder kantonalen Nutzungsplan Mindestbedingungen festlegen. Analog zu den Nachbarkantonen forderte sie einen mittleren Jahreswind von 4,5 Metern pro Sekunde auf 50 Metern über Grund. Die Kommission UBV unter Präsident Martin Keller (SVP, Obersiggenthal) erhöhte den Wert auf 6,0 Meter pro Sekunde. Damit stiess sie die Freunde des Windstroms, auch jene im Rat, arg vor den Kopf. Es sei doch viel besser, ein paar grosse Windkraftwerke zu bauen, statt mit Tausenden von Kleinanlagen die Landschaft zu verbauen,

### «Die Regierung soll Windenergie ermög-

## lichen, nicht behindern.»

Regula Bachmann, CVP/BDP

sagte Astrid Andermatt (SP, Lengnau). Die Regierung solle per Richtplan die Windenergie «ermöglichen und nicht behindern, mit den sechs Metern wäre die Nutzung im Aargau nicht mehr möglich», betonte Regula Bachmann (Magden) im Namen der CVP/BDP-Fraktion. Als Präsidentin des WWF Aargau «will auch ich keine Verschandelung der Landschaft». Gegen jegliche Zahl im Richtplan plädierte Samuel Schmid (SLB, Biberstein), man könne das ja per Dekret regeln. Hans-Ruedi Hottiger (parteilos, Zofingen) stellte Antrag auf Streichung aller Mindestwinde und konnte damit die Mehrheit überzeugen.

### Ein Zeichen für die Innovation

«Hottigers Vorschlag ist einfach, klar, liberal, die Einschränkung auf 6 Meter aber heuchlerisch», betonte auch SVP-Mann Roger Fricker. Der Ammann von Oberhof will nicht, dass die Kienberger (SO) Windstrom machen können und die Aargauer zuschauen müssen. Für die liberale Lösung setzten sich auch Energiespezialist Kurt Wiederkehr (CVP/BDP, Baden), Sämi Richner (EVP, Auenstein), Beat Flach (GLP, Auenstein) und Roland Agustoni (GLP, Rheinfelden) ein. Sie alle wollen ein Zeichen setzen, der Aargau müsse sich als innovativer Kanton präsentieren. Marie-Louise Nussbaumer (SP, Obersiggenthal) ärgerte sich über jene Bürgerlichen, «die alle Alternativen abwehren und in ein paar Jahren darüber klagen, wenn wir Gas- oder Atomstrom importieren müssen».

Auch für Bernhard Guhl (BDP, Niederrohrdorf) ist Hottigers Antrag der einzig richtige Weg, «denn bis zum Bau der Windkraftwerke gibt es auch so noch genügend Hindernisse».

### Bedenken wegen hoher Kosten

Die Streichung des Mindestwindes habe finanzielle Konsequenzen, an die jetzt niemand denken wolle. «Hier wachsen die nächsten Subventionsgladiolen in den Himmel», umschrieb Eugen Frunz (SVP, Obersiggenthal) seine Befürchtungen, die viele in der SVP-Fraktion teilten. Man müsse doch immer auch die Güter abwägen, Landschaft gegen Stromproduktion, «hier konkret gegen unrentable Windanlagen», betonte Bernhard Scholl (FDP, Möhlin). Das Projekt für ein 149 Meter hohes Windkraftwerk auf dem Heitersberg sei nicht zonenkonform, erklärte Scholl. «Neue Zufahrtsstrassen sind nötig, Fruchtfolgeflächen gehen verloren, die Landschaft wird verschandelt», fasste er die Bedenken zusammen. In den Landschaften von kantonalen und nationaler Bedeutung sollte man solche Anlagen verbieten.

### Eine Flucht vor dem Entscheid

Minimale Anforderungen müsse man zwingend stellen, sprach Regierungsrat Peter C. Beyeler dem Rat ins Gewissen. Der Verzicht darauf sei nicht liberal, sondern eine Flucht vor dem Entscheid. Es nütze nichts: Mit 72 Ja zu 58 Nein unterstützte die Mehrheit den Antrag Hottiger. Keine Chance hatte ein Streichungsantrag von zwei Bestimmungen für die kleineren Windanlagen.